

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 47

Ersteinst. Sonntags.  
Bezugpreis vierteljährlich 1,50 Mfr. Nur Postbezug.  
Zustellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 21. November 1926

Geschäftsstelle: Berlin G. 2, Neuer Markt 8-12 IV  
Telefon: Merkur 8529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

42. Jahrgang

## Wer hilft den Erwerbslosen?

Die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge beruht auf dem im Jahre 1923 erlassenen Ermächtigungsgesetz. Nach diesem kann die Reichsregierung im Einvernehmen mit dem Reichsrat auch die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge beliebig abändern. Die Zustimmung des Reichsrats ist dabei nicht einmal unbedingt notwendig. Das hat sie schon wiederholt und auch in den letzten Tagen wieder unter dem Druck der Forderungen der Arbeitererschaft getan. Meinungen und Beschlüsse des Reichstages spielen dabei keine Rolle; die Regierung braucht sich in keiner Weise an diese zu halten, es sei denn, daß sie durch ein Mißtrauensvotum zum Rücktritt gezwungen würde.

Diese Sach- und Rechtslage ist zu beachten, wenn man sich die Tragikomödie ansieht, die in den letzten Tagen um die Abänderung der Erwerbslosenunterstützung aufgeführt wurde. Der Sachverhalt ist durch die Tagespresse bekannt. Um den Druck auf die Regierung, für die Erwerbslosen etwas zu tun, zu verstärken, hatte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag beantragt, die Sätze der Erwerbslosenunterstützung um 30 Proz., die der Familienzuschläge um 20 Proz. zu erhöhen. Mit Hilfe der Deutschnationalen wurden diese Anträge angenommen. Obwohl die Deutschnationalen grundsätzliche Feinde der Erwerbslosenunterstützung (die Arbeitslosen sind Faulenzer, die nur auf Kosten der Allgemeinheit leben wollen!) und der Arbeiterbewegung überhaupt sind, haben sie für den Antrag gestimmt. Nicht um der Not der Erwerbslosen zu steuern — diese kümmern

sie nicht — wohl aber um der Regierung Schwierigkeiten zu machen und um ihre Unentbehrlichkeit im Regierungsapparat zu dokumentieren. Mit bodenloser Frechheit erklärte ihr Sprecher nach der Abstimmung, daß die Deutschnationalen gar nicht daran dächten, den Arbeitslosen zu helfen, in der Schlussabstimmung würden sie die ganze Vorlage ablehnen. (Deshalb finden bei Wahlen die Deutschnationalen auch immer wieder das notwendige Stimmvieh aus den Kreisen der Arbeiterschaft!)

Mit Annahme des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion war der Antrag des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages erledigt, der die Unterstützung für die alleinstehenden Erwerbslosen um 15 Proz., die für die übrigen Unterstützungsempfänger um 10 Proz. erhöhen wollte. Trotzdem kommt nicht der Beschluß des Reichstages, sondern der des Sozialpolitischen Ausschusses in der Hauptsache zur Durchführung. Die Regierung hielt den Beschluß des Reichstages für untragbar, und da sie ursprünglich für die Erwerbslosen überhaupt nichts tun wollte, brüstete sie den Reichstag und ließ dessen Beschlüsse unbeachtet, was sie, wie einleitend gesagt, infolge der Rechtslage tun konnte. Der Reichsrat stimmte den ihm vorgelegten Beschlüssen des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstages zu. Damit sind diese Beschlüsse rechtskräftig geworden. Die Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung betragen nunmehr ab 8. November bis zum 31. März 1927 wie in der untenstehenden Tabelle angegeben.

verdient vergleichbarer Arbeitergruppen erreichen würde, dürfen die Familienzuschläge die Unterstützung, die der Hauptunterstützte für seine Person erhält, nicht übersteigen. Die selbständigen Unterstützungen, die mehrere in einem gemeinschaftlichen Haushalt lebende Familienmitglieder erhalten, dürfen zusammen das Zweifache der Unterstützung nicht übersteigen, die dem höchstunterstützten Mitglied der Familie für seine Person zufließt.

Einschließlich der Familienzuschläge darf die Unterstützung, die ein Erwerbsloser erhält, in keinem Falle folgende Spigenbeträge (in Pfennigen) übersteigen:

1. während der ersten acht Unterstützungswochen in den Orten der Ortsklassen A B C D u. E										
a) im Wirtschaftsgebiet I (Osten)	332	311	290	269						
b) im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)	389	367	345	323						
c) im Wirtschaftsgebiet III (Westen)	419	395	371	347						
2. vom Beginn der neunten Unterstützungswoche ab in den Orten der Ortsklassen A B C D u. E										
a) im Wirtschaftsgebiet I (Osten)	347	325	303	269						
b) im Wirtschaftsgebiet II (Mitte)	407	383	358	323						
c) im Wirtschaftsgebiet III (Westen)	438	412	386	347						

Neben der Erhöhung der Tagesätze der Erwerbslosenunterstützung war auch eine wesentliche Verlängerung der Unterstützungsdauer verlangt worden. Zu einer solchen Verlängerung im Rahmen der Erwerbslosenfürsorge vermochte sich die Regierung jedoch nicht zu entschließen. An dessen Stelle wurde dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages ein „Gesetz über eine Krisenfürsorge für Erwerbslose“ zur sofortigen Beratung vorgelegt, die eine nicht unbeachtliche Verbesserung des ursprünglichen Entwurfes brachte. Danach ist die Krisenfürsorge nicht nur den jetzt zur Aussteuerung kommenden Erwerbslosen, sondern auch allen denen zu gewähren, die schon in der Zeit vom 1. April 1926 bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes wegen Ablauf der gesetzlichen Unterstützungsdauer aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden sind. Darin sind auch alle diejenigen einbezogen, die nicht nach 52 Wochen, sondern nach 39 Wochen ausgesteuert worden sind. Ferner sollen auch ausgesteuerte Erwerbslose, die aus irgendeinem Grunde nicht von der öffentlichen Fürsorge unterstützt worden sind, auf Antrag in die Krisenfürsorge aufgenommen werden können. Die Wartezeit ist für alle Erwerbslosen fortgefallen.

In besonderen Härtefällen kann die Krisenfürsorge auch solchen ausgesteuerten Erwerbslosen gewährt werden, die vor dem 1. April ausgesteuert worden sind, wenn in ihrem Bezirk oder ihrem Beruf besonders lange Erwerbslosigkeit bestanden hat. Sie müssen ihren

### Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung in Pfennigen pro Tag:

	Im Wirtschaftsgebiet												
	I. (Osten)				II. (Mitte)				III. (Westen)				
	A.	B.	C.	D. u. E.	A.	B.	C.	D. u. E.	A.	B.	C.	D. u. E.	
1. für Personen über 21 Jahre													
a) alleinstehende	175	163	152	128	205	191	177	152	230	205	190	162	
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	152	142	132	122	178	167	156	145	191	179	167	155	
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoche an	167	156	145	122	196	183	169	145	210	196	182	155	
2. für Personen unter 21 Jahren													
a) alleinstehende	115	107	99	78	136	127	117	92	145	136	127	97	
b) nicht alleinstehende während der ersten acht Unterstützungswochen	91	86	80	75	108	101	95	88	116	108	100	92	
c) nicht alleinstehende vom Beginn der neunten Unterstützungswoche an	100	94	87	75	119	111	103	88	128	119	110	92	
3. als Familienzuschläge für													
a) den Ehegatten	48	45	42	39	55	52	49	46	60	56	52	48	
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	33	31	29	27	39	37	35	33	42	40	38	36	

Im Sinne dieser Verordnung sind „alleinstehende“ Erwerbslose solche, die weder Familienzuschläge beziehen, noch dem

Haushalt eines anderen angehören. Alle übrigen sind „nicht alleinstehende“. Soweit die Gesamtunterstützung den durchschnittlichen Arbeits-

Antrag bis zum 31. Dezember d. J. stellen! Außerdem wurde ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die Verpflichtung der Gemeinden, den Arbeitswillen und die Arbeitsfähigkeit bei Uebernahme in die Krisenfürsorge noch einmal besonders zu prüfen, fortfällt. Um die volle Auszahlung der Krisenfürsorge auch in notleidenden Gemeinden den ausgesteuerten Erwerblosen zu sichern, hatten die sozialdemokratischen Mitglieder eine Entschliebung eingebracht, nach der es den Gemeinden ermöglicht werden soll, in jedem Falle auch den ihnen zur Last fallenden 5 Prozentigen Anteil an der Krisenfürsorge wirklich auszugeben. Auch diese Entschliebung wurde angenommen.

Nachdem in dieser Weise die Krisenfürsorge durch die Mitarbeit der sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses verbessert worden ist und damit die Gewähr gegeben wurde, daß den Ausgesteuerten ein Anspruch auf Unterstützung, die nicht den Charakter der Wohlfahrtspflege hat, gegeben wird, stimmten die Sozialdemokraten für die Krisenfürsorge.

Mit dieser Ausgestaltung der Unterstützung der Erwerblosen ist im Kampf um die Befreiung der Notlage der Arbeitslosen wohl wieder eine neue Etappe erreicht, eine Befriedigung jedoch vermag sie nicht auszulösen. Dazu bedarf es weiteren Vorwärtstreibens. Der Druck der parlamentarischen Vertreter der Arbeiterschaft, der sich auch jetzt als das Mittel gezeigt hat, das zu Verbesserungen führt, muß noch stärker werden. Er kann das jedoch nur, wenn die sachlichen Argumente unserer Vertreter gestützt werden vom Vertrauen der Massen. Je umfassender dieses ist, um so größer werden die Fortschritte sein, die unsere Vertreter auch in der Frage der Behebung der Arbeitslosigkeit erreichen können. Mag jeder die Schlussfolgerungen aus dieser recht einfachen Tatsache ziehen.

**Entscheidungen zu unseren Reichstattsverträgen.**

**Reichstatts für die Zigarettenindustrie.**

Im Anschluß an unsere Mitteilungen in Nr. 41 der „Buchbinder-Zeitung“ betr. den Manteltariffstreit können wir heute berichten, daß das von den Unternehmern angerufene Reichsarbeitsministerium den lässlichen Schlichter in Dresden mit der Durchführung des Schlichtungsverfahrens beauftragt hatte. Von diesem war Termin zwecks Beilegung des Streites auf den 19. Oktober anberaumt. Auch diese Verhandlungen führten noch zu keinem Ergebnis. Am 29. Oktober fand vor dem gleichen Schlichter eine neue Verhandlung statt, und da auch diesmal eine Einigung unter den Parteien nicht zu erzielen war, kam es zur Bildung einer Schlichtungskammer, die schließlich einen Schiedspruch fällte, der sinngemäß folgendes besagt:

Der § 5 des Hauptvertrages wird dahin geändert, daß es heißt:

im 1. Jahr	4 Tage,	bisher	6 Tage
„ 2. „	6 „	„	9 „
„ 3. „	8 „	„	12 „
„ 4. „	10 „	„	15 „
„ 5. „	12 „	„	„
„ 6. „	14 „	„	„
„ 7. „	15 „	„	„

Die halbe Branchenzugehörigkeit (§ 5 Ziffer 3) soll bei der Feriendebemessung, anstatt bisher nach vierjähriger Beschäftigung in der Zigarettenindustrie, künftig erst nach achtjähriger Beschäftigung angerechnet werden.

Eine Konferenz von Delegierten der am Vertrag beteiligten Gewerkschaften, die am 4. November zu diesem Schiedspruch Stellung nahm, beschloß einstimmig, den Schiedspruch abzulehnen. Ueber die Stellungnahme der Unternehmer ist bisher nichts bekannt geworden. Da der Manteltariff am 30. November 1926 abläuft, wird, wenn bis dahin nicht doch noch eine Einigung erzielt wird, ab 1. Dezember ein vertragloser Zustand eintreten.

**Unsere Besolei-Broschüre.**

Wie wir bereits in Nr. 30 der „Buchbinder-Zeitung“ mitteilen konnten, hat die vom Verbandsvorstand anlässlich der Besolei-Ausstellung herausgegebene Broschüre nicht nur in den Kreisen derjenigen Mitglieder unseres Verbandes, die sie gesehen und gelesen haben, ungeheuren Beifall gefunden, sondern auch in der Arbeiterpresse des In- und Auslandes wurde „die passende Darstellung der gewerkschaftlichen Selbsthilfe“ unter dem Stigma „Einst und Jetzt“ lobend hervorgehoben, zumal da die drucktechnische Herstellung der Broschüre eine vorzügliche ist.

Der Verbandsvorstand trug sich von Anfang an mit dem Gedanken, die Broschüre in etwas einfacherer Ausstattung zum Zwecke der Aufklärung und Agitation in größerer Auflage herauszugeben, wie bereits in der Bekanntmachung in Nr. 27 der „Buchbinder-Zeitung“ gesagt ist. Da nach Schluß der Ausstellung noch etwa 1500 Exemplare zur freien Verfügung standen, hat er diese durch Bekanntmachung in Nr. 43 der „Buchbinder-Zeitung“ den Gauen und Zahlstellen als sehr anschauliches Agitationsmittel für die Funktionäre des Verbandes angeboten und um entsprechende Bestellungen ersucht. Von 175 in Betracht kommenden Gauen und Zahlstellen haben ganze 14 — sage und schreibe vierzehn — ein Interesse für die Broschüre durch Bestellung derselben zum Ausdruck gebracht, während 161 entweder auf das angebotene Agitationsmittel keinerlei Wert legten oder aber die Bekanntmachung ganz unbeachtet gelassen haben. Der Verbandsvorstand wird im Hinblick auf diesen Vorgang wohl davon Abstand nehmen können, eine neue Auflage der Broschüre für Agitationszwecke drucken zu lassen, denn er muß gewärtig sein, daß sie ihm durch die Verwaltungen nicht abgenommen wird oder, sofern er sie diesen unangefordert zufließt, an die Mitglieder nicht zur Verteilung kommt. Den hier besprochenen Vorgang den Mitgliedern vor Augen zu führen, ihnen daran zu zeigen, daß nicht so weiter gearbeitet werden darf, wenn nicht der Verband großen Schaden durch die Unachtsamkeit oder Gleichgültigkeit erleiden soll, ist der Zweck dieser Zeilen.

**Unsere Werbewoche.**

**Gau Nordosten.**

Das Jubiläum der Gewerkschafts-Internationalen fiel leider in eine Zeit wirtschaftlichen Tiefstandes, der sich naturgemäß auch auf die „Werbewoche“ auswirken mußte. Vom Gauvorstand wurde durch ein Rundschreiben auf die Bedeutung unserer Werbearbeit hingewiesen und gleichzeitig Informationen bezüglich der Gestaltung der vorzunehmenden Agitation gegeben. Nach den eingegangenen Berichten sind die zahlenmäßigen Erfolge nicht erheblich, so daß man nur wünschen kann, daß die ausgestreute Saat in nächster Zeit ihre Früchte bringt. — In Berlin wurde in großzügiger Weise Propaganda für den Zusammenschluß aller Wertetätigen gemacht. Ueber 20 000 Flugblätter, Handzettel und Einladungen wurden unter der Kollegenhaft verbreitet, außerdem fanden fünf Bezirksversammlungen statt. Den Schluß bildete eine gut besuchte allgemeine Werbewerksammlung sowie der Propagandatag der gesamten Berliner Arbeiterschaft, an dem etwa 3200 unserer Mitglieder teilnahmen, die einen eigenen Propagandawagen mitführten. — Königseck hatte eine gut besuchte Werbewerksammlung veranstaltet und durch Agitation die bisher uns fernstehende Kollegenschaft der Kartonnagenabteilung der Firma Hilber der Organisation zugeführt. — In Tilsit nahmen unsere Berufsangehörigen an der allgemeinen Gewerkschaftsversammlung teil, leider sind die Kollegen nicht für unsere Sache so interessiert. — Auch die Zahlstelle Stettin konnte es nicht zur eigenen Versammlung bringen, es wird von mangelhaftem Besuch der Gewerkschaftsversammlung berichtet. Jedoch sind durch Hausagitationen Erfolge zu verzeichnen. — Potsdam hatte einen guten Versammlungsbesuch zu verzeichnen. Das Agitationsfest ist dort gering. — Von der Zahlstelle Kottbus wird schlechter Besuch der Versammlung gemeldet, auch die geplante Hausagitation konnte bisher nicht stattfinden. — In Spremberg herrschte rege Anteilnahme an allen Veranstaltungen. Unorganisierte sind nicht am Ort. — Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Frankfurt

a. d. O. hatte durch 200 Handzettel Propaganda für den Besuch der Werbewerksammlung gemacht, ohne aber einen guten Besuch erzielt zu haben. Durch Hausagitation sind einige Erfolge zu verzeichnen. — Die Zahlstellen Sorau, Stolp und Köstlin haben die Berichtsbogen nicht eingekandt. — In den Orten Eberswalde, Oranienburg, Guben und Greifswald, mit denen wir durch Vertrauensmänner Verbindung haben, beteiligten sich unsere Kollegen an den vom Ortsauschuß einberufenen Versammlungen. An zwei von diesen Orten wurden Mitglieder gewonnen. Zusammenfassend fanden im Gau (ausschließlich Berlin) vier eigene Versammlungen und sechs gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften statt. Die Beteiligung unserer Berufsangehörigen war in einem Orte vollständig, in vier Orten gut, in fünf Orten mangelhaft. Hausagitationen fanden in fünf, allgemeine Rundgebungen in vier Orten statt. Neuaufnahmen wurden insgesamt 34 gemeldet. Hugo Lemfer.

**Leipzig.**

Der Ortsauschuß des ADGB. in Leipzig veranstaltete am 13. September einen Demonstrationszettelzug der Leipziger Gewerkschaften, der bei guter Beteiligung nach kurzer Ansprache einiger Redner beendet wurde. Das Graphische Kartell veranstaltete am 14. September eine Versammlung aller in der graphischen Industrie beschäftigten Frauen und Mädchen. Genosin Hanna-Berlin hatte das Referat übernommen. Leider muß gesagt werden, daß diese Versammlung sehr schlecht besucht war. Am 16. September fand eine allgemeine Versammlung aller im graphischen Berufe Beschäftigten statt. Diese Versammlung war sehr gut besucht. Die Versammelten fanden völlige Befriedigung in den Ausführungen des Gen. Bittor Stein-Wien. Ein eingehender Bericht ist in Nr. 39 der „Buchbinder-Zeitung“ gegeben.

Diese Werbewoche fiel leider in eine wirtschaftlich sehr schlechte Zeit, so daß wohl angenommen werden kann, daß die Erfolge auf Grund dieser Werbearbeit nicht allzu hoch einzuschätzen sind. Eine sehr gut zusammengesetzte Agitationskommission aus allen Berufsgruppen unserer Zahlstelle hat die Kleinwerbearbeit übernommen. Durch Betriebsversammlungen und Hausagitation wurden gute Erfolge erzielt. Zahlenmäßige Feststellungen lassen sich gegenwärtig noch nicht machen, Naturgemäß haben die großen Zahlstellen — insbesondere bei der Fluktuation der Arbeiterinnen — im 4. Quartal immer die höchste Zahl von Neuaufnahmen zu verzeichnen. Trotzdem kann zum Ausdruck gebracht werden, daß die gemeinsame Werbung des Ortskartells sowie die gemeinsame Werbung des Graphischen Kartells, aber insbesondere die Kleinwerbearbeit unserer Agitationskommission zweifellos dazu beitragen wird, einen größeren Prozentsatz von Neuaufnahmen am Quartalschluß feststellen zu können. Die Werbearbeit für den Verband wird unausgesetzt und intensiv weiter betrieben. Wir möchten aber dazu bemerken, daß nicht nur allein die Verwaltung und die Agitationskommission die Verpflichtung hat, agitatorisch zu wirken, sondern daß es Aufgabe aller organisierten Kollegen und Kolleginnen sein muß, in den Betrieben die Unorganisierten dem Verband zuzuführen. Die Ragnießer, die nicht läen, aber doch ernten, müssen verschwinden. Jeder sei ein Agitator. R. Heise.

**Dem Agitator.**

Die Werbearbeit ist ein schwerer Dienst. Man fährt dich, falls du dich ertübnst, Gemeinsamkeit und Opfer Sinn zu heischen, Gar häufig an mit Schimpfen und mit Kreischen. Bergekte dann nicht Gleiches mit dem Gleichen; Soll Unverständnis der bessern Einsicht weichen, Dann fleh' in dem, der uns nicht zugehört, Dem Kameraden, der nicht aufgeträrt. Such' ihn mit Liebe für die Sache zu gewinnen, Dann lenkt du bald sein Trachten und sein Sinnest Auf gute Wege. Du erweckst dann Reizung Und schließlich kommt die wahre Ueberzeugung. Daru hast du, ehe noch viel Zeit verronnen, Ein neues Mitglied dem Verband gewonnen.

# Ein schwarzes Blatt.

## Kritisches zur Ueberstundenfrage.

Die in Nummer 45 der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlichten zahlenmäßigen Angaben über das Ueberstundenwesen haben gewiß manchem zu denken gegeben, und viele werden sich gefragt haben, wie es möglich ist, daß Tausende ruhigen Herzens Tag für Tag Ueberstunden machen können, trotzdem sie wissen, daß zur selben Zeit 8000 arbeitslose Kollegen und Kolleginnen hungrig und frierend auf der Strafe liegen. Gewiß, das Elend derjenigen, die wochen- und monatelang verkürzt gearbeitet haben, ist nicht minder groß, und es ist menschlich durchaus begreiflich, wenn sie durch Ueberstunden den empfindlichen Lohnausfall weit zu machen suchen. Wichtig ist ihr Verhalten jedoch auf keinen Fall. Unter denen, die in starkem Maße Ueberstunden leisten, befinden sich sogar viele, die nur wenig oder gar nicht verkürzt gearbeitet haben. Wenn diese Ueberstundenschieber männlichen und weiblichen Geschlechts an der Stelle der Arbeitslosen ständen und andere würden in diesem Maße Ueberstunden machen, dann wären sie gewiß die ersten, die sich über dieses unmoralische Verhalten entrüsteten.

Es steht fest, daß ein erheblicher Teil der Beschäftigten nicht nur ungenügend die Ueberstunden verweigern würde, sondern sich um die Leistung von Ueberstunden direkt reißt. So heißt es u. a. in dem hageren Bericht: „Wir haben das Gefühl, daß die Kollegen sehr gern Ueberstunden auch dort machen, wo bei einigem guten Willen noch Arbeitslose eingestellt werden könnten.“ Und in dem Bericht über eine Lugsartenfabrik in Dresden, in der 120 Beschäftigte täglich zwei Ueberstunden machen, heißt es bezeichnenderweise: „Alle Bemühungen, die dort Beschäftigten — meist junge Mädchen — zu überzeugen, die Ueberstunden in diesem ausgedehnten Maße zu verweigern, waren leider erfolglos.“ Von den Vahrer Betrieben wird berichtet, daß „bei einigermaßen gutem Willen sehr wohl noch 60 bis 70 Arbeitslose eingestellt werden könnten.“ Es sind aber zum Teil die Arbeiter selbst dagegen, da sie sich für die schlechte Zeit im Sommer jetzt schadlos halten wollen.

Noch trauriger sieht es in Karlsruhe aus, wo von einer Kartonagenfabrik berichtet wird, daß in derselben etwa 15 bis 20 Kolleginnen schon wochenlang täglich von morgens 7 bis abends 7 Uhr bei einer Pause von 20 Minuten arbeiten. Prozenze für die Ueberstunden zahlt die Firma nicht, Abzüge werden nach Herzenslust gemacht.“ Und das geschieht in einer Großstadt und dazu noch in der Kartonagenbranche, für die ein Reichstaxi besteht, der für allgemeinverbindlich erklärt ist und auf dessen Erfüllung die Arbeiterschaft ein klagbares Recht hat. Ebenso verweist auf dies der Bericht aus Oberwiesenthal, in dem es heißt: „In Oberwiesenthal ist es direkt himmelschreiend mit der Arbeitszeit und der Arbeitslosigkeit. Die Betriebe arbeiten länger, und zwar mit inorganisierten und Ausländern, während die Ortsansässigen Arbeitslosenunterstützung beziehen müssen. Wiederholte Beschwerden haben noch keine Aenderung gebracht. Der Lohn erklärt allerdings manches; denn es sind Arbeiter dabei, die trotz Ueberstunden die Woche nur 6 bis 14 Mark verdienen.“ Das sind allerdings trostlose Zustände, die jedoch ihre natürliche Erklärung in dem schlechten Organisationsverhältnis finden. Von den Männlichen ist etwa ein Drittel nicht organisiert, von den Weiblichen sogar die Hälfte indifferent. Aber trotz alledem müßte es auch dort besser aussehen, denn auch für die dortige Kollegenschaft gilt ebenfalls fast ausschließlich der Kartonnagentarif, auf dessen Einhaltung ein klagbares Recht besteht. Wenn die Rechtslage so günstig liegt, darn muß man schon sagen, daß es wohl in Karlsruhe wie in Oberwiesenthal an der Kollegenschaft selbst liegt, wenn sie von diesem Recht keinen Gebrauch zu machen versteht. Aus Weihen und Heilbronn wird sogar berichtet, daß die Kollegenschaft nur dann von einer vollen Beschäftigung spricht, wenn sie Ueberstunden machen können; eine normale Arbeitszeit von 48 Stunden ist nach ihrer Ansicht Kurzarbeit.

Ganz falsch ist auch die in mehreren Betrieben zum Ausdruck gekommene Auffassung, daß die Weharbeit geleistet werden müßte, „weil dies tariflich

festgelegt sei“. Die Kollegenschaft läßt außer acht, daß nach dem tariflichen Arbeitszeitabkommen nur je nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen des Betriebes — nach Rücksprache mit der gesetzlichen Betriebsvertretung, Wehstunden angeordnet werden können“. Nach sinn- und vernunftgemäßer Auslegung wird aber niemand ein „wirtschaftliches Bedürfnis“ für vorliegend erachten können, wenn durch Neueinstellungen die Ueberzeitarbeit vermieden werden kann. Also auch hier muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die Betriebsräte mit der Arbeiterschaft mehr Rückgrat zeigen müssen, wenn es sich um die strikte Einhaltung des Tarifs handelt. Dasselbe ist der Kollegenschaft in Kottbus und Karlsruhe zu sagen, die ohne jeden prozentualen Aufschlag Ueberstunden macht.

Wehnliche Zustände schildert der Bericht von Annaberg im Erzgebirge, in dem es heißt: „Betreffs Ueberstunden ist zu bemerken, daß die Unternehmer sich an keinen Tarif und an kein Gesetz halten“. Und von einer größeren Firma, die seit Anfang Oktober

### Dem Verbands.

In Leid erforen, in Not geboren  
 Bist du, Verband!  
 Daß du uns stühest, daß du uns stühest  
 Mit starker Hand!  
 Du schufest wacker aus hartem Ader  
 Fruchtbares Land!  
 Hast uns geführt, hast freu geführt  
 Mut und Verstand!  
 Du gibst uns Kräfte und fördest Säfte,  
 Du bist das Pfand,  
 Das uns spendet, daß Schlechtes endet,  
 Durch dich, Verband!  
 So stehst du kräftig und pflegst gekhäftig  
 Mit fester Hand  
 Die gute Sache. Als Schutz für Schwache  
 Wirfst du, Verband!  
 So wießt du schünen und stets uns nützen  
 In Stadt und Land!  
 Daß Gutes sprießet und Segen fließet,  
 Sorgst du, Verband!

Taeß.

drei Schichten eingeführt hat, heißt es dann weiter: „In eine bestimmte Arbeitszeit halten sich die Leute dort überhaupt nicht. Die Firma stellt es den Leuten frei, zu arbeiten, so lange sie wollen, und so hat vorige Woche ein junger Arbeiter 16 Stunden an einem Tage gearbeitet. Einen größeren Einfluß können wir nicht ausüben, da nur fünf von den 40 Beschäftigten organisiert sind“. Von einer anderen Firma, die am 1. April eine Reihe von Leuten entlassen hatte, wird berichtet, daß die dort Beschäftigten schon seit längerer Zeit dauernd Ueberstunden machen, ohne daß die Entlassenen zunächst ert wieder alle eingestellt worden wären. Unter den nicht Eingestellten befindet sich ein Familienvater von acht Kindern, der vorher Betriebsratsvorsitzender war und infolge seiner Tätigkeit nicht wieder eingestellt wurde. Ein solches Verhalten ist besonders beschämend. Wo soll z. B. ein Betriebsratsmitglied den Mut zu einer nachdrücklichen Vertretung der Rechte der Belegschaft hernehmen, wenn die Kollegenschaft ihn zum Dant für sein mannhaftes Eintreten dann so schmähtlich im Stich läßt? Nur von Barmen wird berichtet, daß im allgemeinen die Betriebsräte darauf sehen, daß vor der Leistung von Ueberstunden zunächst erst neue Kräfte eingestellt werden, und zwar diejenigen zuerst, die vordem entlassen wurden. Von Köln wird berichtet, daß dort in einigen Fällen Ueberstunden direkt verweigert wurden. Bei einer größeren Firma, in der öfters eilige Arbeiten vorkamen, die mit Ueberstunden fertig gemacht werden müssen, besteht eine zwischen dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung getroffene Vereinbarung, daß für derartige

Stunden der Ueberstundenzuschlag gezahlt wird und diese Stunden dann in derselben oder folgenden Woche abgefeiert werden.

Mit der Inanspruchnahme der Behörden zur Bekämpfung des Ueberstundenunwesens hat man nach den Berichten im allgemeinen keine guten Erfahrungen gemacht, auch keine nennenswerten Erfolge gehabt. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die verhängten Strafen zu gering sind, um abschreckend wirken zu können. So wird von Dresden berichtet, daß trotz wiederholter Anzeigen beim Gewerbeaufsichtsamt und trotz wiederholt erzielter Bestrafung ein Unternehmer nach wie vor ganz nach Belieben Ueberstunden ditiert. Wehnlich klingt auch der Bericht von Forzheim. Oidenburg führt bittere Klage darüber, daß in früheren Fällen, in denen in sehr erheblichem Maße Ueberstunden gemacht wurden, das in Anspruch genommene Gewerbeamt dabei gänzlich verjagt habe. Den Gipfel alles bisher Dagewesenen erreicht aber der Bericht von Heilbronn, nach dem „die Erfahrung in Heilbronn gemacht wurde, daß, wenn eine Organisation Anzeige beim Gewerbeaufsichtsamt machte, die Belegschaft der Organisation keine Beiträge mehr bezahlte hat“. Also man wendet sich von der Organisation, verweigert ihr die Beiträge, wenn sie sich mit aller Macht dafür einsetzt, daß die Kollegenschaft nicht übermäßig ausbeutet wird.

Was nützen denn alle, selbst die besten tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen, die auch in den Berichten teilweise gefordert werden, wenn die Kollegenschaft nicht den Mut aufbringt, von diesen Bestimmungen auch Gebrauch zu machen? So heißt es beispielsweise in dem Bericht von Burgstädt: „Es sollte eben mit allem Nachdruck bei eventuellen Lohnverhandlungen darauf hingewirkt werden, daß bei dem Punkt „Ueberstunden“ eine große Hartnäckigkeit von unseren Vertretern gezeigt wird. So wird alles ruhig hingenommen und die Prinzipale lachen sich eins. Der Minimalzuschlag kommt doch gar nicht in Frage, und wo nun einmal gewürschelt wird, da fällt es nicht auf.“ Man weiß nicht, ob der Schreiber dieser Zeilen die Berichte über die langwierigen Verhandlungen gerade über diesen Punkt bei den Tarifverhandlungen nicht gelesen hat, ob sie ihm nur entfallen sind oder ob er gar der Meinung ist, daß die Schwierigkeiten bzw. Widerstände unserer Verhandler doch nicht ganz so groß gewesen sind, wie sie in den Berichten geschildert wurden. Wenn sich ein Funktionär so schlecht orientiert zeigt, dann darf man sich wahrhaftig nicht über noch größeres Unverständnis bei den Mitgliebern wundern. Wie gut dieser Kollege auch sonst in der Arbeiterbewegung orientiert ist, zeigt seine weitere Bemerkung über den 1. Mai: „Erst hat man 50 Jahre — von 1870 bis 1918 — um den 1. Mai gekämpft, und in zwei bis drei Jahren ist er so gut wie Null. Nun geht der „Kampf“ von neuem los, bis vielleicht zum Jahre 5000“. Wenn man noch nicht einmal weiß, daß die Forderung zur Freigabe des 1. Mai erst auf dem internationalen Kongreß in Paris 1889 erhoben wurde, dann sollte man sich doch lieber in keine Polemik darüber einlassen. Es zeigt das aber deutlich, in welcher Weise von mancher Seite „Aufklärung“ betrieben wird. Auch der Bericht von Gelsenkirchen äußert sich etwas ausführlicher zu dem Ueberstundenunwesen und kommt dann zu dem Schluß: „Richtig wäre ein direktes Verbot von Ueberstunden bei Ausschluß aus dem Verband oder Strafen für den Unternehmer... Hoffen wir, daß bald ein Gesetz herauskommt, das nicht nur auf dem Papier steht.“

Wir haben schon oben gesagt und glauben auch, dafür den Beweis erbracht zu haben, daß selbst das beste Gesetz und der beste Tarif auf dem Papier stehen bleiben muß, wenn die Arbeiterschaft nicht den Willen und den Mut hat, solchen Bestimmungen Leben einzuflühen; das heißt, auf ihre Einhaltung zu bestehen. Wenn auch zugegeben werden kann, daß manche Bestimmung auf diesem Gebiete noch viel schärfer gefaßt werden könnte, dann steht doch fest, daß schon auf Grund der heute geltenden Bestimmungen manches anders sein könnte, wenn die Kollegenschaft den Mut fände, auf Einhaltung dieser Bestimmungen zu bestehen. Also fester die Reihen geschlossen, mehr Rückgrat zeigen und mehr Solidaritätsgelüß, dann kann und wird manches auf diesem Gebiete anders und besser werden. X.

## Die Geschäftsbuchfabrikation.

Eine der Hauptgruppen unseres Faches ist unstreitig die Konto- oder Geschäftsbuchfabrikation. Im Gegensatz zur Verlagsbuchbinderei, die ja fast ausnahmslos in Großbetrieben dominiert, erfolgt die Anfertigung des Kontobuches sowohl in Großbetrieben als auch in der Werkstatt des Kleinbuchbinders. Auf erstere entfällt natürlich der Löwenanteil der Erzeugung. Das Kontobuch benötigt eine besonders sorgfältige Verarbeitung und gutes Material, da die Bücher, täglich im Gebrauch, jahrelang halten müssen. Kontobücher sind teils sogenannte Lagerforten, teils Sonderanfertigungen. Die Lagerforten werden für die verschiedenartigsten Verwendungszwecke hergestellt. Für Kerze, Rechtsanwäite, Banken, Handwerker, Haushalte, Hotels usw. werden entsprechende Bücher in vielen Größen und Stärken auf Lager angefertigt. Für universelle Zwecke werden ebenfalls vielerlei Sorten Bücher, deren Miniatur auf den Regeln der verschiedenen Buchführungsarten aufgebaut ist, auf Vorrat angefertigt.

Trotz der Mannigfaltigkeit der Lagerforten werden bei der Komplikation des modernen Buchhaltungsbetriebes Hunderttausende von Sonderanfertigungen gebraucht. Das sind Bücher, die in Miniatur und Druck nach den speziellen Wünschen und Erfordernissen des Bestellers angefertigt werden. Diese Sonderanfertigungen werden zum Teil auch in kleinen Wertstätten und Mittelbetrieben ausgeführt, da der Betrieb am Wohnsitz des Bestellers leichter mit diesem Fühlung nehmen kann bei den oft vielgestaltigen Rückfragen, die speziell komplizierte Miniaturen und Einbrüche erfordern.

Die Herstellung des Kontobuches ist verschieden in der Kleinbuchbinderei sowohl als auch in den Großbetrieben untereinander. Eine detaillierte Beschreibung dieser verschiedenen Herstellungsarten würde weit über den Rahmen eines allgemeinen Aufzuges hinausgehen.

Alle besseren Kontobücher werden mit Sprungrücken hergestellt, wodurch das aufgeschlagene Buch ganz flach aufliegt und dadurch bis nahe an den Falzbruch der Bogen beschriebener werden kann. Einfachere oder dünnere Geschäftsbücher werden in Deckel gehängt. Die gebräuchlichsten Einbände sind z. B. der Halbmolesquin und der Halbsteinband. Infolge der teuren Materialien sind die früher allgemein üblichen Ganzmolesquin- und Ganzsteinüberzüge zum größten Teil weggefallen.

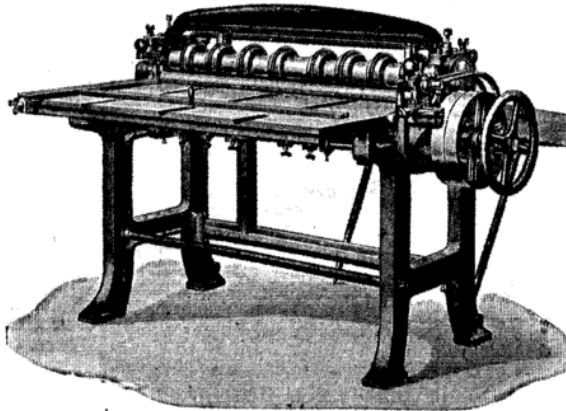
Seit etwa 30 Jahren hat sich eine Art des gebundenen Kontobuches in steigendem Maße eingeführt, das Lose-Blätter-Buch. Das sind Bücher, deren Rücken aus einer Mechanik besteht, die den auswechselbaren Inhalt aufnimmt. Die großen Vorteile, die darin liegen, daß mehrere Personen an einem solchen Buche arbeiten können, sowie die übersichtlichere Zusammenstellbarkeit der geführten Konten haben diesem Lose-Blätter-Buch eine große Bedeutung verschafft.

Kontobücher erscheinen uns auf den ersten Blick als eine sehr banale Sache, zum Einschreiben trockener Zahlen bestimmt, und doch spricht z. B. das einfache Oktobuch, in dem die Frau des arbeitenden Mannes ihre Ausgaben aufzeichnet, oft eine erschlatternde Sprache vom Kampf um das notdürftigste Dasein, wie das die schönste Rede oder die bestabgefasste Broschüre nicht vermag. Das ganze wirtschaftliche Geschehen findet seinen ersten Niederschlag in den Geschäftsbüchern. Von diesen aus ergeben erst die oft schon zurechtgestellten Berichte, Statistiken, Bilanzen usw.

**Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ gibt man an seine unorganisierten Mitarbeiter weiter.**

## Gratischer Schnitt beim Schneiden von Pappen.

Wenn auf gratischer Schnitt Wert gelegt wird, bedient man sich in größeren Betrieben beim Schneiden von Buchdeckeln usw. der sogenannten Pappenschere (auch Pappenschere mit Kreismessern genannt) mit rotierenden Messern für Fuß- und Kraftbetrieb eingerichtet (siehe Abbildung\*). Auf genannter Ma-



schine können ganze Pappenformate bis zu 4 Millimeter Stärke geschnitten werden. Die Kreismesser sind in der Regel bis zu 55 Millimeter aneinanderstellbar, jedoch werden auch Maschinen gebaut, bei denen ein Zusammenrücken der Kreismesser bis zu 30 Millimeter möglich ist. Bei ersteren kann als das kleinste zu schneidende Format 90 x 55 Millimeter und bei der zweiten Gattung 90 x 30 Millimeter geschnitten werden. Die einzelnen Pappen werden entweder von Hand an einer seitlichen Anlage angelegt, oder, je nach Maschinenystem, selbsttätig eingeführt und durchlaufen die Maschine zweimal. Das erstemal werden die Pappen in Streifen geschnitten und das zweitemal werden die Streifen angelegt und in einzelne Stücke geschnitten. Das Anlegen erfolgt hierbei durch ein Einführungslineal, das sich über die ganze Arbeitsfläche der Maschine erstreckt und parallel zu den Kreismessern steht. Das Einführungslineal kann von Hand bewegt werden oder die Bewegung erfolgt selbsttätig. Im letzten Falle kann die Bewegung für vielfach verschiedene Tourenzahl eingerichtet werden. F. K.

## Den Alten zur Ehr' - Den Jungen zur Lehr!

Am 19. November sind es 25 Jahre her, daß unser Kollege Paul Waskau unserer Organisation angehört. Am gleichen Tage begehrt er auch das 25jährige Jubiläum als Kassierer der Zahlstelle Weimar. Das Vertrauen, das ihm die Kollegen im Jahre 1901 entgegengebracht haben, hat Kollege Waskau voll gerechtfertigt, denn er ist einer der pünktlichsten Abrechner im ganzen Reiche. Sein Idealismus ist noch ungechwächt und seine Rührigkeit in der Ortsverwaltung bekannt. Viele Kollegen, namentlich die jüngeren, können sich an seinem Arbeitseifer und an seinen Verdiensten am Verbandsbeispiel nehmen. Die Zahlstelle Weimar veranstaltet zu Ehren des Jubilars eine schlichte Feier. Möge unser Kollege Waskau noch lange der Zahlstelle erhalten bleiben und auch ferner dem Verbands seine Arbeitskraft weihen. R. L.

## Berichte.

**Berlin.** Unsere ordentliche Generalversammlung fand am 10. November statt. Im Hof ging in seinem Geschäftsbericht zunächst auf die Arbeitsmarktlage während des dritten Quartals ein. Es ist zwar eine kleine Besserung eingetreten, doch betrifft diese lediglich die Arbeiterinnen. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen hat sogar noch um 55 zugenommen. Ende September waren 874 männliche und 1916 weibliche, insgesamt also 2790 Arbeitslose eingetragen, worunter 433 männliche und 952 weibliche Verbandsmitglieder. Die Zahl der Kurzarbeiter hat erfreulicherweise abgenommen, doch dürfte diese Besserung nur

\* Die Abbildung zeigt ein Erzeugnis der Sächsischen Kartonnagen-Maschinen-A.-G., Dresden.

auf das Weihnachtsgeschäft zurückzuführen sein. Leider hat diese vorübergehende Besserung dazu geführt, daß in einer Anzahl von Betrieben, ohne Rücksicht auf die Arbeitslosen, Ueberstunden in ganz erheblichem Umfang gemacht werden. Die Organisation ist bemüht, das Ueberstundenwesen einzudämmen, doch bedarf es zur wirksamen Bekämpfung der Mithilfe der Funktionäre wie der Mitglieder. Der direkte Erfolg der Werbeweche entspricht leider nicht der angewandten Mühe und Arbeit. Inhof berichtete dann eingehend über die Tarifabschlüsse im verfloßenen Quartal. In der Buchbinderbranche gelang es, das mit dem Verein Berliner Buchdruckereibesitzer abgeschlossene und am 10. September abgelaufene Lohnabkommen bis zum 28. Januar 1927 zu verlängern. Ebenso wurde das am 30. September abgelaufene Lohnabkommen mit den Kartonnagenfabriken bis zum Ablauf der zentralen Vereinbarungen am 31. Januar 1927 verlängert. In allen übrigen Branchen gelang es gleichfalls, alle Verträge der Unternehmer, die Löhne abzubauen, fast restlos abzumehren. Die Tarifaustunftsstellen erfreuen sich immer mehr steigenden Zuspruchs. Ebenso mehren sich die Vertretungen vor dem Gewerbe- und Innungsschiedsgericht. Infolge Arbeitsüberhäufung liegt der genaue Mitgliederbestand vom Schluß des dritten Quartals noch nicht vor, doch sind nach oberflächlichen Feststellungen im Laufe des dritten Quartals etwa 300 neue Mitglieder aufgenommen worden, so daß die Ortsverwaltung Berlin etwa 8650 Mitglieder zählen dürfte bei 6934 am Ende des ersten Quartals. Inhof schloß seinen Bericht mit der Aufforderung an die Funktionäre, in der Agitation nicht zu erlahmen.

Bytomski erläuterte dann den im letzten Mitteilungsblatt veröffentlichten Kassenbericht, wonach die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse mit 76 364,12 Mk. balancieren. Der Bestand der Lokalkasse erhöhte sich von 19 529,28 Mk. auf 22 221,71 Mk.

Nach einer verhältnismäßig kurzen und sachlichen Diskussion wurde ein Antrag der Ortsverwaltung angenommen, zur Unterfertigung der ausgeteuerten Mitglieder einen Extrabeitrag zu erheben. Die männlichen Mitglieder sollen mindestens zwei Extramarken zu 50 Pf., die weiblichen zwei Marken zu 25 Pf. entnehmen. Eine längere Debatte entspann sich über die Wiederaufnahme der 1923 und 1924 ausgeschlossenen Mitglieder, die die Ortsverwaltung beim Verbandsvorsitzand befristeten soll. Die Verammlung stimmte schließlich einem Antrag der Funktionäre der Buchbinderbranche zu, der sich im wesentlichen mit dem Inhalt der diesbezüglichen Anträge deckt.

**Bochum.** Unsere am 29. Oktober stattgefundene Verammlung beschäftigte sich mit dem Verbandsbeitrag beschlossenen Extraträgerstützung unserer ausgeteuerten Mitglieder. Die Verammlung billigte diesen Beschluß. Ferner war sie der Ansicht, daß vom 1. Januar ab eine Erhöhung der Beiträge zugunsten der Arbeitslosen in Kraft treten müsse, damit diese über die wirtschaftliche Not hinwegkommen. Beschlossen wurde, den zureisenden Kollegen, die 20 Jahre und darüber dem Verbands angehören, 3 Mk. aus der Lokalkasse zu zahlen, solchen mit über 5 Jahren Mitgliedschaft 2 Mk. und an Kollegen mit geringerer Mitgliedsdauer 1 Mk. Der Vorsitzende gab dann einen Bericht von der Gaukonferenz vom 3. Oktober in Ebersfeld. Unter Beschluß wurde beschlossen, unser 22. Stiftungsfest am 11. Dezember zu feiern. Wir laden die Mitglieder der umliegenden Zahlstellen herzlichst dazu ein.

**Cottbus.** In der letzten Monatsversammlung wurde der Kassenbericht gegeben, nach dem die finanzielle Lage der Zahlstelle als mäßig zu bezeichnen ist. Der Mitgliederbestand schließt mit 110 Berufsangehörigen ab. Anschließend nahmen die Versammelten Kenntnis von der Beitragserhöhung. Sie waren sich darüber klar, daß dies die einzige Möglichkeit ist, den ausgeteuerten Kollegen zu helfen. Dann beschäftigte sich die Verammlung wieder einmal mit Vortragsnissen bei der Firma Enke. Zum Schluß wurden Betriebsfragen behandelt.

## Inhaltsverzeichnis.

**Wer hilft den Erwerbslosen?**  
**Entscheidungen zu unseren Reichstatarifverträgen:**  
**Reichstatarif für die Zigaretten-Industrie.**  
**Unsere „Gefolte“-Broschüre.**  
**Unsere Werbeweche:** Gau Nordosten — Leipzig.  
**Dem Agitator (Gedicht).**  
**Ein schwarzes Blatt:** Kritisches zur Ueberstundenfrage.  
**Dem Verband (Gedicht).**  
**Die Geschäftsbuchfabrikation.**  
**Gratischer Schnitt beim Pappenschneiden.**  
**Den Alten zur Ehr' — den Jungen zur Lehr'.**  
**Berichte:** Berlin — Bochum — Cottbus.